

Frau Präsidentin
 BR KommR Sonja ZWAZL
 Wirtschaftskammer Niederösterreich
 Landsbergerstraße 1
3100 St. Pölten

Landesgeschäftsstelle
 Große Neugasse 28/1
 A-1040 Wien
 Telefon 01 / 408 25 20-17
 Fax 01 / 408 25 20-18
 E-Mail noe-office@rfw.at

Wien, 2. November 2015

Antrag **an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich** **für die Sitzung am 24. November 2015**

Das Transatlantic Trade Investment Partnership (TTIP) gilt als eines der ehrgeizigsten Freihandelsabkommen. Es zielt nicht nur auf die Abschaffung bestehender Zölle ab, sondern hat vor allem die Beseitigung von nicht-tarifären Handelsbeschränkungen im Fokus – etwa Regelungen hinsichtlich des Datenschutzes und des Konsumentenschutzes, aber auch Sicherheitsauflagen, technische oder rechtliche Anforderungen an importierte Produkte und arbeitsrechtliche Bestimmungen.

Mit dem Abkommen sind einerseits Vorteile für die exportorientierte Wirtschaft vorhanden. Zu betonen ist, dass der Abbau von Handelsschranken grundsätzlich zu befürworten ist. Andererseits ist zu bedenken, dass ein massiver Preisdruck amerikanischer Produkte, die unter weit weniger strengen Bedingungen erzeugt werden, die Aushöhlung von europäischen oder nationalen Standards mit sich bringen kann. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass der Datenschutz und andere Rechte untergraben werden. Die mangelnde Transparenz ist ebenfalls zu kritisieren.

Ein entscheidender Knackpunkt ist sicherlich die geplante Investor-Staats-Schiedsgerichtsbarkeit (ISDS). Diese soll dazu dienen, den Unternehmern die Möglichkeit zu geben, Staaten auf Schadenersatz zu klagen, wenn durch bestimmte Gesetze die Gewinnerwartungen der Unternehmen beeinträchtigt werden. Aufgrund massiver Bedenken wurde dieser Teil auch vorläufig ausgesetzt! Hinzu kommt noch, dass ausländische Unternehmen ihren Investitionsschutz nicht bei der staatlichen Gerichtsbarkeit geltend machen sollen, sondern bei privaten Schiedsgerichten. Einem inländischen Unternehmer bleibt dies verwehrt. Eine klare Inländerdiskriminierung!

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Niederösterreich stellen daher folgenden

ANTRAG:

Das Präsidium der Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert, aufgrund der derzeit vorliegenden Verhandlungsergebnisse dem Abkommen nicht zuzustimmen, aber grundsätzlich ein Freihandelsabkommen zu begrüßen.

Elisabeth Ortner
 Landesobfrau des RfW-NÖ und
 Delegierte Wirtschaftsparlament NÖ

KommR Hermann Fichtinger
 LO-Stv. und
 Delegierter Wirtschaftsparlament NÖ